

Sicher in eine gute Zukunft!

von Dr. Korbinian Rüger

Die Zeiten sind turbulent. In der Ukraine tobt immer noch ein fürchterlicher russischer Angriffskrieg, der ganz Europa vor riesige sicherheitspolitische

Herausforderungen stellt. In den USA wurde der Mächtigen-Autokrat Donald Trump zum zweiten Mal zum Präsidenten gewählt und stellt die geopolitische und wirtschaftliche Weltordnung in Frage. Die EU wirkt schwach wie lange nicht. Die deutsche Wirtschaft kommt nicht vom Fleck. Und jetzt ist auch noch die Bundesregierung zerbrochen.

Prost Mahlzeit könnte man sagen. Oder man kann fragen: wie kann ich helfen? Ich habe mich für letzteres entschieden und kandidiere zum zweiten Mal nach 2021 im Landkreis München für den Bundestag. Ich bin 36 Jahre alt, komme aus Planegg, arbeite als Dozent für politische Philosophie und Ethik an der LMU in München und bin seit letztem Jahr Vater einer kleinen Tochter. Unter anderem für sie möchte ich meinen Teil dazu beitragen, dass es in Deutschland und in Europa wieder aufwärts geht. Ich möchte dazu beitragen, dass unsere Zukunft besser wird, als es die jüngste Vergangenheit vermuten ließe. Das kann uns gelingen, aber dafür müssen wir was tun, dafür müssen wir anpacken. Ich packe an!

Die aktuell größte und wichtigste Aufgabe der Politik auf allen Ebenen ist es, den Menschen wieder ein Gefühl der langfristigen Sicherheit zu vermitteln. Das ist vielen abhanden gekommen und das ist verständlich. Die Politik muss den Menschen

gläubhaft versichern, dass sie in ihrem Interesse handelt und jeden Tag dafür arbeitet, dass ihr Leben besser wird. Das ist der Anspruch der SPD und das ist mein Anspruch.

Das fängt bei globalen Fragen, wie wirksamem Klimaschutz und Schutz vor kriegerischer Aggression an und hört auf bei den vermeintlich kleinen Fragen vor Ort, die aber oft den größten Einfluss auf unsere Lebensrealität haben. Deshalb ist es mir ein besonderes Anliegen, dass im Zusammenspiel von Bund, Land und Kommune die Kommunen viel besser ausgestattet und entlastet werden. Es sind die Verantwortlichen vor Ort, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Gemeinderäte, die oft den direktesten und wichtigsten Einfluss auf unser Leben nehmen können. Und trotzdem ist es genau diese politische Ebene, die oft stiefmütterlich behandelt wird. Im Wahlkampf und wenn ich im Bundestag bin, werde ich mich dafür einsetzen, dass sich das ändert.

Ein weiterer großer Hebel, das Leben der Menschen direkt besser zu machen, ist dafür zu sorgen, dass sie am Ende des Monats mehr von ihrer harten Arbeit haben. Ich möchte mich dafür einsetzen, die ganz große Mehrheit aller Arbeitenden steuerlich deutlich zu entlasten. Schon mittlere Einkommen werden viel zu stark besteuert. Das ist vor allem in einer teuren Gegend wie dem Großraum München ein Problem und das muss sich ändern.

Ich bin überzeugt: Wenn wir diese und einige andere Dinge jetzt schnell anpacken, dann können wir es



schaffen, uns allen ein Gefühl der Sicherheit zurückzugeben und gemeinsam hoffnungsfroh in die Zukunft blicken. Denn eines dürfen wir nicht vergessen: die Zukunft wird von uns allen gemeinsam gestaltet. Zusammen haben wir es in der Hand, wie unser Land in 5, in 10 oder in 20 Jahren aussieht. Dafür gilt es, mit anzupacken und zu überlegen, wie der eigene Beitrag aussehen kann. Ich möchte meinen eigenen kleinen Beitrag zu dieser Zukunft leisten und hoffe dabei auf Eure und Ihre Unterstützung.

Mehr über mich und meine Ziele können Sie auf korbinian-rueger.spd.de erfahren.

Energiegewinnung, Wärmeplanung und E-Zapfsäulen in Oberschleißheim

In der Gemeinderatssitzung im Februar 2024 wurde ein Konzept für Freiflächen-Photovoltaikanlagen vorgestellt. Dieses Konzept identifiziert potenzielle Standorte in Oberschleißheim, die für die Nutzung von Sonnenenergie geeignet sind. Drei konkrete Projekte sind geplant und werden bereits umgesetzt:

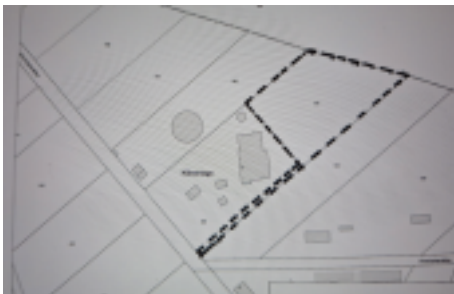
Freiflächen-Photovoltaikanlage bei der Kläranlage:

Eine Freiflächen-Photovoltaikanlage mit ca. 2.200 Modulen und einer Leistung von 1.285 kWp wird auf einer privaten Fläche angrenzend zur Kläranlage errichtet.



Großbatteriespeicher und zusätzliche PV-Anlage:

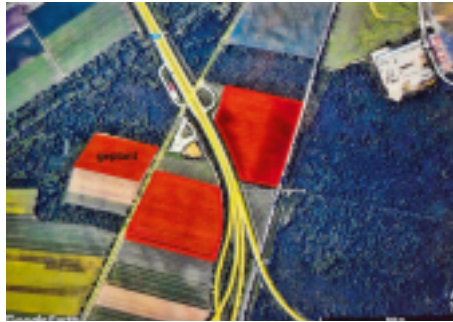
Eine Fläche nordöstlich der Kläranlage wird für die Installation eines Großbatteriespeichers genutzt, der den erzeugten Solarstrom speichert und die Versorgungssicherheit verbessert. Eine weitere Photovoltaikanlage ergänzt das Speichersystem, um den Energieoutput zu maximieren. Die Gemeinde stellt die Fläche durch Verpachtung zur Verfügung. Es werden Gewerbesteuern und Einnahmen aus der Verpachtung generiert.



„Solarpark Oberschleißheim“ entlang der Autobahn A92:

Auf einer Fläche von 16 Hektar wird dieser Solarpark ausreichend Sonnenstrom erzeugen, um mehr als 8.000 Haushalte zu versorgen. Die beiden

großen PV-Felder werden mit einer Gesamtleistung von über 19.000 kWp ausgestattet. Etwas zeitlich verzögert wird die weitere Parzelle mit etwa 4.700 kWp realisiert. Zudem wird eine Bürgerbeteiligung in Betracht gezogen, um die lokale Gemeinschaft einzubeziehen.



In Oberschleißheim tragen Balkonkraftwerke und Photovoltaikanlagen auf Dächern laut dem Bayernwerk Monitor etwa 13 % zur Deckung des jährlichen Strombedarfs der Gemeinde bei. Auch das entstehende Wohnhaus „Am Frauenfeld“ und das neue Kinderhaus erhalten eine PV-Anlage.

Die Nutzung von Windenergie in Oberschleißheim wird aktuell an zwei möglichen Standorten geprüft, jedoch schränken die Luftverkehrsregelungen für unseren Flughafen und die Hubschrauberstaffeln, die sogenannten Platzrunden, die weitere Planung ein. Das Luftamt Südbayern wurde um Klärung angeschrieben. Die möglichen Flächen befinden sich westlich von Badersfeld und nördlich der Kreuzstraße.

Die Wärmeplanung für Kommunen, wie sie bis spätestens 30. Juni 2028 gesetzlich vorgesehen ist, stellt eine wichtige Grundlage für die klimaneutrale Wärmeversorgung dar. In Oberschleißheim wurde hierzu der Lenkungsreis Energie beauftragt, den aktuellen und zukünftigen Wärmebedarf zu bestimmen und geeignete Wärmequellen und deren Infrastruktur zu definieren.

Die Planung für die Wärmeversorgung in Oberschleißheim umfasst sowohl ein Fernwärmenetz als auch die Nutzung von Wärmepumpen. Dies eröffnet der Gemeinde eine Versorgungsstrategie, die auf Fernwärme für dichte Siedlungsstrukturen und dezentralen

Lösungen für Einzel- und Reihenhäuser setzt. „Danpower“ betreibt das Fernwärmenetz vor Ort. Die Fernwärme muss zunehmend aus regenerativen Quellen (Biomasse, Abwärme, Geothermie oder Solarthermie) gespeist werden. Danpower ist gesetzlich verpflichtet, diese Anteile schrittweise zu erhöhen, um die Klimaziele bis 2045 zu erreichen. Die neuen Baugebiete „Am Schäferanger“ und „westlich der St.-Margarethen-Str.“ werden mit Fernwärme versorgt. Bereits angeschlossen wurde im Herbst 2024 der gesamte Komplex des Seniorenheims, „Betreutes Wohnen“ und das dazugehörige Wohnhaus. Während im neuen Ortsteils „Mittenheim West“ ein Nahwärmenetz auf Basis eines Wärmepumpensystems zum Einsatz kommt. Eine Alternative, wenn auch weniger nachgefragt, bietet die Biomasse-Hybridheizung (Pellets), die erst neu in einem Wohnblock an der Haymannstr. ausgewählt wurde.



In Oberschleißheim sind weitere sieben neue Ladesäulen für Elektrofahrzeuge installiert worden, die hoffentlich in Kürze von Energie Südbayern ESB in Betrieb genommen werden. Eine Schnellladestation mit 50 kW befindet sich auf dem Bürgerhaus-Parkplatz. Alle anderen Ladesäulen sind mit 22 kW zum Normalladen ausgestattet und befinden sich am Frauenfeld, am Hallenbad, am Stutenanger 6 und am Rathaus.



Irene Bogdain
Gemeinderätin

Bedrohung der offenen Gesellschaft durch gesteuerte Fakenews und digitale Machtkonzentration

In liberalen Demokratien bildet der freie Journalismus das Fundament der informierten Gesellschaft und einer kritischen Öffentlichkeit. In unserer Zeit tiefgreifender Umbrüche gerät diese unverzichtbare Institution zunehmend unter Druck. Ein zentrale Bedrohung ist die wachsende Konzentration digitaler Macht in den Händen einiger weniger Superreicher, die nicht nur die Ökonomie, sondern auch die Informationsflüsse unserer Gesellschaft dominieren. Diese Entwicklung birgt tiefgreifende Gefahren für unsere rechtsstaatliche Ordnung.

Superreiche bedrohen mit überragendem medialen Einfluss die liberale Demokratie. Persönlichkeiten wie Elon Musk, einer der reichsten Menschen der Welt, illustrieren eindrücklich, wie Ökonomie, Medien und Politik verschmelzen. Der US-amerikanische Unternehmer Elon Musk, einst gefeiert als technologischer Visionär, hat in jüngster Zeit gezeigt, wie durch den Erwerb von Plattformen wie X (ehemals Twitter) die Gatekeeper-Funktion des freien Journalismus untergraben wird. Seine Öffentlichkeitsarbeit ist geprägt von einer Mischung aus Provokation, Desinformation und gezielten Angriffen auf die Glaubwürdigkeit etablierter Medien. Solche Praktiken zielen nicht nur darauf ab, eigene Interessen zu schützen, sondern destabilisieren gezielt das Vertrauen in die journalistische Berichterstattung. Das von Musk kürzlich initiierte „Interview“ auf X mit der Kanzlerkandidatin der demokratiefeindlichen Partei AFD kann als Lehrstück des Antijournalismus betrachtet werden. In einem Umfeld, das traditionelle journalistische Standards wie Recherche, Kontextualisierung und kritische Nachfragen ignoriert, wurde eine Plattform für Fake-News und verzerrte Darstellungen geschaffen. Dieser neue Typus der Medieninszenierung bedroht die liberale Demokratie, da er nicht zur Aufklärung, sondern zur Manipulation beiträgt.

Die neuen Autokraten: Sprachlich liberal, inhaltlich repressiv.

Besonders alarmierend ist, dass diese neuen autokratischen Kräfte die Sprache der liberalen Demokratie adaptieren. Sie bedienen sich eines

Hippi- und Graswurzel-Slangs, um sich als vermeintliche Vertreter des Volkswillens zu inszenieren. Doch hinter dieser Fassade verbergen sich autoritäre Strukturen, die ähnliche Mechanismen der Kontrolle und Unterdrückung nutzen wie in überwunden geglaubten feudalen Gesellschaften.

Die Machtkonzentration in den Händen einer kleinen Elite erinnert an vorindustrielle Verhältnisse, in denen wirtschaftliche, mediale und politische Macht untrennbar miteinander verflochten waren.

Algorithmen als Instrument der Macht Ein wesentliches demokratiepolitisches Problem dieser Entwicklung liegt in den digitalen Strukturen selbst, die durch Algorithmen gesteuert werden. Diese Algorithmen, entwickelt und kontrolliert von den Superreichen, bestimmen, welche Inhalte in den sozialen Medien sichtbar sind und welche in der Informationsflut untergehen. So wird nicht mehr der freie Journalismus zum Gatekeeper demokratischer Diskurse, sondern eine algorithmisch gesteuerte Öffentlichkeit, die durch wirtschaftliche Interessen geprägt ist. Dies schafft eine mediale Landschaft, in der Fakten und Meinung zunehmend ununterscheidbar werden und in der manipulative Akteure die Oberhand gewinnen.

Eine Gefahr für die Demokratie.

Die Bedrohung des freien Journalismus durch die digitale Machtkonzentration ist kein marginales Phänomen, sondern ein Kernproblem unserer Zeit. Sie zeigt, dass die strukturellen Grundlagen der liberalen Demokratie durch neue Formen der Machtübernahme herausgefordert werden. Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, braucht es eine entschiedene politische und gesellschaftliche Antwort, die den freien Journalismus stärkt und die Machtkonzentration in den digitalen Medien beschränkt. Andernfalls droht eine Erosion der demokratischen

Strukturen und eine Vertiefung der Kluft zwischen den wenigen Superreichen und der breiten Öffentlichkeit.

Harald Müller
2. Bürgermeister



Grundsteuerreform

Hebesätze bleiben unverändert.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 19.11.2024 entschieden, die Grundsteuerhebesätze A (für land- und forstwirtschaftliche Betriebe) und B (für Grundstücke) ab dem Jahr 2025 auf dem bisherigen Stand von 310 Prozent zu belassen. Die von Bürgermeister Böck vorgeschlagene Anhebung auf 350 Prozent wurde mit 15:8 Stimmen abgelehnt. Für die Erhöhung der Grundsteuern stimmten die CSU mit dem Bürgermeister, die FDP und eine Gemeinderätin der Grünen. SPD, die Freien Wähler und die restlichen Grünen sprachen sich dagegen aus.

Das Bundesverfassungsgericht hat im Jahr 2018 die bisherigen Berechnungsgrundlagen, die Einheitswerte, als verfassungswidrig eingestuft. Bemängelt wurde vor allem, dass die Werte veraltet sind und deshalb die einzelnen Grundsteuerzahlerinnen und -zahler ungleich behandelt werden. Bis 2024 berechnete sich die Grundsteuer noch nach den Einheitswerten. Ab 2025 gelten neue Berechnungsgrundlagen. Abweichend vom Modell des Bundes wird in Bayern ein „wertunabhängiges Flächenmodell“ umgesetzt, die Grundsteuer wird nicht nach dem Wert des Grundstücks, sondern nach der Größe der Fläche von Grundstück und Gebäude berechnet.

Die Grundsteuerreform sollte nach den Vorstellungen der Staatsregierung für Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft in jeder Kommune insgesamt aufkommensneutral erfolgen, also nicht zu Steuererhöhungen führen. Da jedoch jede Kommune die ihr zustehende Finanzhoheit über den von ihr zu bestimmenden Hebesatz und damit über die Höhe der Grundsteuer hat, handelt es sich dabei nur um eine Empfehlung, die nicht bindend ist.

Das Bayerische Landesamt für Steuern hat für jede Kommune mehrere Modellrechnungen auf Grundlage der bis 31. März 2024 festgestellten Grundsteuermessbeträge durchgeführt um näherungsweise zu ermitteln, bei welchem Hebesatz die Aufkommensneutralität zu erwarten wäre. Für Oberschleißheim lag der „aufkommensneutrale Hebesatz“ zwischen 265 und 285 Prozent. Wegen unseres aktuellen Hebesatzes von 310 Prozent war also ohnehin mit einem Anstieg

des Grundsteueraufkommens insgesamt in einer Größenordnung von etwa 10 Prozent zu rechnen. Dabei können die Grundsteuerbescheide auf Grundlage des neuen Rechts sehr unterschiedlich ausfallen: Die Neuberechnung kann im Einzelfall zu einer Reduzierung, aber auch zu einer deutlichen Erhöhung der Grundsteuer führen.

Nach dem Entwurf des Haushalts 2025 waren für das letzte Jahr vor der Grundsteuerreform 2024 Einnahmen in Höhe von 1.110.000 bei der Grundsteuer B angesetzt. Im Jahr der Umstellung 2025, in dem noch mit Schwierigkeiten bei der Umsetzung zu rechnen ist, sind es 1.200.000 Euro. Ab 2026 bis 2028 dann 1.320.000 Euro. Die Zahlen spiegeln den aktuellen Informationsstand der Kämmerei wider, die mit einem Anstieg der Einnahmen aus der Grundsteuer B um 18,9 Prozent von 2024 bis 2026 plant.

Die Grundsteuer ist eine der wichtigen Einnahmequellen unserer Gemeinde. Aus Sicht der SPD ist eine Diskussion darüber, ob eine Erhöhung des Hebesatzes erforderlich ist oder nicht, zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht. Es sollte gewartet werden, bis genaue Zahlen darüber vorliegen, welche Auswirkungen die Grundsteuerreform auf die einzelnen Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde und das Grundsteueraufkommen insgesamt hat.



Erich Elsner
Gemeinderat

Haushalt des Landkreises

Was hat den Haushalt des Landkreises München denn so ausufern lassen?

Abgesehen von den allgemeinen Kostensteigerungen hat der Landkreis erstens über die Jahre zusätzliche Aufgaben von den Kommunen übernommen, bspw. trägt der Landkreis heute einen größeren Anteil an der Finanzierung weiterführender Schulen. Zweitens wachsen die Aufgaben, das liegt im Wesentlichen an Entscheidungen des Bundes und der Länder. Drittens steigt leider der Bedarf, z.B. in der Jugendhilfe. Und viertens waren Landrat und Kreistag in den Zeiten niedrigster Zinsen nicht vorausschauend genug und haben dann etwas zu spät umgesteuert.

Was hat die Kreistagsfraktion der SPD unternommen, um einen tragbaren Haushalt zu erreichen?

Ich kam 2020 neu ins Gremium. Nachdem ich zum Vorsitzenden der Fraktion gewählt wurde, habe ich erstmals in den Haushaltsberatungen für 2021 eindringlich eine Kehrtwende angemahnt. Mit dem Krieg in der Ukraine konnte man damals nicht rechnen. Aber dass erstens die Coronarechnung kommen wird, zweitens die Zinsen steigen werden und drittens auch die geopolitischen Veränderungen zu Kosten im Landkreis führen werden, war schon im Herbst 2020 absehbar. Die SPD bringt sich seit Jahren mit Anträgen und Anfragen ein, um Druck auf den Landrat zu machen, die Kosten nicht weiter ausufern zu lassen, insbesondere durch Auflösung von Doppelstrukturen und einer kritischen Überprüfung der Aufgaben. Außerdem mahnen wir seit Jahren an, dass der Landkreis auf Kosten der Gemeinden zu große Puffer aufgebaut hat. Anfangs mit bescheidenem Erfolg, in diesem Jahr war unsere Position der Auflösung dieser Puffer erstmals Konsens.

Welche Auswirkungen werden die Einsparungen auf Oberschleißheim und die umliegenden Gemeinden haben?

Trotz Einsparungen steigt die Kreisumlage für Oberschleißheim um drei Prozentpunkte, da die Einnahmen aus der Gewerbesteuer im Landkreis

spürbar zurückgegangen sind. Im Raum stand anfangs eine Erhöhung um mehr als sechs Prozentpunkte. Dass wir die zusätzliche Belastung wenigstens halbieren konnten, ist unter anderem unserem Einsatz geschuldet. Trotzdem bleibt für Oberschleißheim wie auch die anderen Gemeinden eine Zusatzbelastung. Das ist ärgerlich.

Wie geht es weiter?

Wir werden 2025 um weitere Einsparungen nicht herumkommen. Dabei muss es um zwei Schwerpunkte gehen: Erstens die kritische Überprüfung, ob man das Gewollte mit den beschlossenen Maßnahmen wirklich erreicht. Ich sehe es bspw. sehr kritisch, dass der Landkreis über 300.000 Euro im Jahr für Klimaschutzkompensationen ausgibt. Dieses System steht massiv in der Kritik, wir sollten uns daran nicht mit Steuergeld beteiligen. Zweitens wird man sehr viel genauer auf Doppelstrukturen achten müssen. Im Bereich der Integration ist mir beispielsweise die Aufgabenverteilung zwischen Landratsamt, Jobcenter und Trägern nicht klar. Hier wird nun u.a. auf unser Betreiben hin geprüft, was man anders organisieren und zusammenfassen kann.



Florian Schardt
Sprecher der SPD Fraktion
im Kreistag

SPD Oberschleißheim - Mehr als nur Wahlkampf

Für viele Menschen ist die Politik gerade ein rotes Tuch. Oft hört man: ich will nichts mit Politik zu tun haben, ich bin absolut enttäuscht und wütend. Aber wie sieht aktive Politik aus? Wer macht Politik und warum? Und warum ist es so wichtig, gerade jetzt aktiv zu werden?



Auf unserer letzten Weihnachtsfeier durften wir zwei neue Mitglieder begrüßen, die nicht den typischen Politiker-Vorstellungen entsprechen: männlich, alt und weißhaarig.

Genau das Gegenteil: Einmal jung und einmal weiblich, dazu absolut motiviert!

Eine spontane Vorstellungsrunde von beiden Seiten (Alt- und Neumitglieder) führte zu einem regen Austausch und gab Antworten.

Vier von unserem Mitgliedern sitzen im Gemeinderat, davon auch unser 2. Bürgermeister in Oberschleißheim. Hier wird besonders aktiv für die Gemeinde gestaltet und bewegt.

Aber auch fast alle anderen Mitglieder sind ehrenamtlich aktiv, wie in der Nachbarschaftshilfe, der AWO, der Tafel, der Flüchtlingshilfe, beim Bücherschrank am Bahnhof und vielen weiteren sozialen Institutionen und Vereinen.

Alle haben ein gemeinsames Ziel: das Leben und die Gesellschaft aktiv

positiv mitzugestalten.

Wichtig ist uns, nicht im Hinterzimmer treffen und schimpfen oder jammern, sondern gemeinsam gestalten!

Über das ganze Jahr ist die SPD Oberschleißheim aktiv. Es gibt regelmäßige Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen. Zusätzlich veranstalten wir ein großes Kinderfest für alle im September, eine Blumenaktionen im Advent für die Senioren und im März zum Weltfrauentag. Im Sommer findet unsere informative Radltour zur aktuellen Lage in Oberschleißheim statt und für die Mitglieder gibt es noch intern z. B. einen Sommer-Brunch und die Weihnachtsfeier.

Neben all den Aktionen gehört auch der Wahlkampf mit Plakatkleben und Infoständen dazu. Und bei den Pflichtaktionen spürt man sehr gut, wie positiv die Stimmung ist und der Umgang herzlich und respektvoll. Natürlich gehen auch mal die Meinungen auseinander oder es gibt Diskussionen über die Politik auf Länder- oder Bundesebene. Aber das gehört ebenfalls dazu.

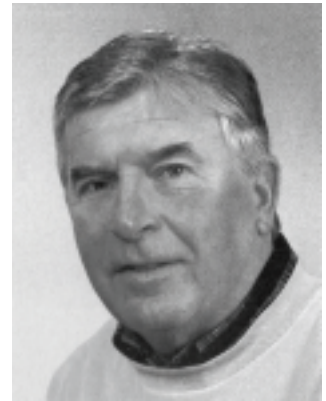
Deshalb macht aktive Politik auch Spaß und wir können aktuell mit über 45 Mitgliedern gemeinsam etwas für Oberschleißheim bewegen.

Interesse geweckt? Lust auf soziale Politik? Wir freuen uns über einen Austausch!



Manuela Lüning
OV-Vorsitzende

Gedenken an Ludwig Kiermeier



Ludwig Kiermeier hat sich 1970, vor über 50 Jahren, der SPD angeschlossen. Schon 1972 wurde er in den Gemeinderat gewählt, dem er zunächst bis 1978 und dann wieder von 1984 bis 2002, also insgesamt 24 Jahre, angehörte. Als passioniertem Fußballer, Trainer, Jugendleiter und Vorstand beim FC Phönix waren ihm dort vor allem Themen um den Sport und das Vereinsleben in Oberschleißheim wichtig, er war ein wichtiger Vertreter der Interessen seines Heimatorts Lustheim. Seine Verdienste um unsere Gemeinde wurden 1994 durch die Verleihung der Bürgermedaille gewürdigt. Jetzt ist er, kurz vor der Vollendung seines 88-igsten Lebensjahres, von uns gegangen. Die SPD Oberschleißheim wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.



<https://spd-oberschleissheim.de>

<https://www.facebook.com/spd.oberschleissheim>

Impressum: Herausgeber SPD-Ortsverein Oberschleißheim
V.i.S.d.P.: Manuela Lüning, Hirschplanallee 9 / 85764 Oberschleißheim
Druck: flyeralarm GmbH / Alfred-Nobel-Str. 18 / 97080 Würzburg

WIR KÄMPFEN FÜR DICH UND DEUTSCHLAND

Für Innere, Äußere und Soziale Sicherheit

Am **23. Februar** wird gewählt. **Nur die SPD** steht für Wohlstand für alle, sichere Renten und Arbeitsplätze sowie Investitionen in unsere Wirtschaft.

Pandemie, Krieg, Inflation – die letzten Jahre waren eine große Herausforderung. Wir haben dafür gesorgt, dass in Deutschland das Licht nicht ausging und niemand frieren musste. Die gestiegenen Preise und die unsichere Weltlage belasten viele, doch wir kämpfen weiter für eine Zukunft, in der es allen gut geht.

So kämpft die SPD für Dich und für Deutschland:

- **Löhne:** Steigenden Preise begegnen wir mit **steigenden Löhnen**. Wir kämpfen für einen **Mindestlohn von 15 €** und entlasten **95 % der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler** – für mehr Geld in Deinem Portemonnaie.
- **Rente:** Ost und West haben wir angeglichen und das Rentenniveau bleibt stabil. Am Renteneintritt mit 67 oder abschlagsfrei nach 45 Beitragsjahren rütteln wir nicht – anders als unsere Konkurrenz.
- **Wirtschaft:** Wir kämpfen um **Arbeitsplätze** und investieren in Deutschlands Innovationskraft, damit „**Made in Germany**“ auch in Zukunft ein Gütesiegel bleibt.
- **Mobilität:** Mit dem **Deutschlandticket** haben wir den öffentlichen Nahverkehr für alle bezahlbar gemacht. Jetzt kämpfen wir für eine **leistungsfähige Bahn** und treiben die **E-Mobilität** konsequent voran.
- **Verteidigung:** Wir unterstützen die Ukraine und sichern langfristig Frieden mit dem **Sondervermögen Bundeswehr**.
- **Gesundheit:** Wir modernisieren mit Maßnahmen wie dem **E-Rezept**, unterstützen **pflegende Angehörige** und sichern die **Grundversorgung** sowie Fachkliniken.
- **Klimaschutz:** Wir setzen auf **bezahlbare Lösungen** und beschleunigen den Ausbau der Erneuerbaren – für eine unabhängige und nachhaltige Zukunft.
- **Soziales:** Mehr **Kindergeld**, mehr **BaföG**, mehr **Wohngeld**: Wir stehen für diejenigen ein, die unsere Solidarität am dringendsten brauchen.
- **Bildung:** Wir bauen die **Ganztagsbetreuung** aus, kämpfen für mehr **Lehrpersonal** und investieren in **moderne Schulgebäude**.

**Am 23. Februar: Deine Stimme für eine sichere und gerechte Zukunft –
Deine Stimme für die SPD.**